

17. Ordentlicher DGB-Bundeskongress

Beiträge von 09.00 - 10.30 Uhr (Beginn des 3. Kongresstages: 9.04 Uhr)

Dann kommen wir im Rahmen der Beratung der satzungsändernden Anträge zum Komplex 7 innerhalb des gelben Antragsblocks, Überschrift „Seniorinnen und Senioren“. Zunächst hat die Antragsberatungskommission das Wort.

Jürgen Walter, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir empfehlen Annahme des Antrages S 76. Hier ist die Analogie zu den Anträgen, über die wir gestern Nachmittag - Stichwort Gender-Mainstreaming - geredet und abgestimmt haben. Es ist folgerichtig, auch wenn man sich die demografische Entwicklung der Bevölkerung ansieht, dass wir dieses auch programmatisch-politisch in unserer Satzung zum Ausdruck bringen. Deshalb empfehlen wir Annahme des Antrages S 76.

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Votum der Antragsberatungskommission ist abgegeben. Wünscht der Antragsteller das Wort? - Nein. Es gibt eine Wortmeldung zum Antrag S 76 vom Kollegen Norbert Hansen, TRANSNET, Teilnehmernummer 51.

Norbert Hansen

Schönen guten Morgen, Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich euch mitteilen, dass ich nicht in eigener Sache spreche. Nachdem uns allen das Durchschnittsalter der Teilnehmer an diesem Kongress bekannt ist, wissen wir auch alle, dass die allermeisten sich in der Vorstufe einer gewissen Betroffenheit befinden. Aber das ist nicht der Grund, weshalb ich zu diesem Antrag spreche. Ich möchte gleichzeitig zu den Anträgen S 76 bis S 85 sprechen, weil ich meine, wenn wir der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen, den Antrag S 76 anzunehmen, wäre es widersprüchlich, für die Empfehlung der Antragsberatungskommission zu stimmen, die Anträge S 77 bis S 85 abzulehnen.

Wir können nicht hier beschließen, dass die Seniorenarbeit ein eigenständiges verstärktes politisches Ziel in unserer Satzung sein soll und anschließend darüber entscheiden, dass diejenigen, die nun die Seniorenarbeit aus eigener Kenntnis und Betroffenheit heraus tragen sollen, in den entsprechenden Gremien nicht mit Sitz und Stimme vertreten sein sollen.
(Vereinzelt Beifall)

Ich gehe davon aus, dass wir auch im Deutschen Gewerkschaftsbund eine Seniorenarbeit brauchen, die nicht für die Senioren gestaltet wird, sondern die mit den Senioren gestaltet wird. Wir haben in der TRANSNET hervorragende Erfahrungen damit gemacht, unsere Senioren auf allen Ebenen der Satzung mit Sitz und Stimme zu integrieren. Die Anträge, die Positionen, die sie einbringen, sind sehr wertvoll, sowohl für die Probleme des aktiven

Arbeitslebens als auch für die vielfältigen und weiter zunehmenden Probleme der Zeit nach dem aktiven Arbeitsleben.

Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir im Grundsatzreferat des Kollegen Michael Sommer gehört haben, dass insbesondere die vielfältigen Fragen der sozialen Sicherung eine Rolle spielen, dann sind das insbesondere auch Fragen, die etwas mit der Situation eines auslaufenden Berufslebens oder einer veränderten Situation nach einem aktiven Berufsleben zu tun haben.

Wir diskutieren nicht erst seit kurzem innerhalb der Gewerkschaften über den sich verändernden Begriff der Erwerbsarbeit. Wir diskutieren immer stärker über flexibler werdende Strukturen in der Arbeitswelt. Wir werden in der nahen Zukunft erleben, dass dieses insbesondere auch die Frage der Gestaltung der Lebensarbeitszeit betrifft. Wir werden auch von unseren Mitgliedern nach meiner Einschätzung die Forderung bekommen, die Rahmenbedingungen für ihre Lebensarbeitszeitphase flexibler und der individuellen Lebensplanung entsprechend besser zu gestalten. Deshalb stellt sich doch über kurz oder lang die Frage: Wie stark verwischen sich hier eigentlich schon Grenzen eines traditionell gestalteten Erwerbslebens und eines Lebens nach einer traditionellen Erwerbsarbeit? Ich denke, dass wir gut beraten sind, rechtzeitig in allen Beschluss- und Beratungsgremien für eine entsprechende personelle Besetzung zu sorgen.

Ich möchte dafür plädieren, bei diesem Antrag der Empfehlung der Antragsberatungskommission zu folgen, aber bei den folgenden Anträgen S 77 bis S 85 der Empfehlung nicht zu folgen. Die Delegierten der TRANSNET-Gewerkschaft werden sich auf jeden Fall in der Abstimmung entsprechend verhalten und dafür plädieren, dass die Anträge S 77 bis S 85 in ihrer Ursprungsform angenommen werden. - Danke sehr. (Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Ich danke dir, Jürgen, für das Votum der Antragsberatungskommission und eröffne die Debatte. Vorgeschlagen ist, diese Anträge S 77 bis S 85 im Block zu behandeln.

Ich eröffne die Debatte zu den Anträgen S 77 bis S 85. Mir liegen bereits drei Wortmeldungen vor. Zwei davon von Antragstellern. Ich gebe das Wort an Hanjo Lucassen, Teilnehmernummer 99, vom DGB Sachsen. Ihm folgt der Kollege Walter Haas vom DGB Nordrhein-Westfalen mit der Teilnehmernummer 97.

Da beide Bezirke Antragsteller sind, haben die beiden Kollegen 15 Minuten Redezeit, wie es die Geschäftsführung vorsieht. Ich gehe davon aus, sie werden diese nicht benötigen.

Hanjo Lucassen

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach Paragraph 2 unserer DGB-Satzung sind ja im Katalog der politischen Aufgaben die spezifischen Forderungen für Personengruppen festgeschrieben. Damit meinen wir Frauen und Jugend. Wenn ich dem Sprecher der Antragsberatungskommission folge, ist alles sozusagen im Lot und wir brauchen nichts mehr zu tun.

Aber die Zusammensetzung unseres Kongresses ist ja auch Spiegelbild der demographischen Entwicklung unserer Gesellschaft. Wir wissen alle, dass Senioren immer mehr an Bedeutung

gewinnen. Deswegen ist der Antrag S 76, der angenommen worden ist, eigentlich der erste Schritt in die richtige Richtung, aber es müssen weitere folgen.

Daher gehen die Anträge S 77 bis S 85 der Bezirke Nordrhein-Westfalen und Sachsen ein Stück weiter. Senioren wollen sich noch aktiver einbringen und erwarten auch eine satzungsrechtliche Verankerung. Die Gewerkschaften sollten doch darüber nachdenken, dass dieses große Potenzial an Senioren und Seniorinnen, die im aktiven Berufsleben 30 bis 40 Jahre Träger unserer Bewegung waren, weiterhin einbezogen werden muss und auch sollte.

Warum nutzen wir denn nicht weiter ihre Erfahrungen und ihr Engagement. Das sollten wir in zwei Bereichen tun: einmal in der Politik, aber auch in der praktischen Arbeit. Wenn wir insgesamt flächendeckend gewerkschaftliche Politik, gewerkschaftliche Strukturen verbreitern wollen, müssen wir den Senioren auch Aufgaben in den Politikfeldern übertragen - in den Senioren-Beiräten, auf den Kommunal- und Länderebenen und auch als Multiplikatoren für Gewerkschaftspolitik sowie in anderen gesellschaftlichen Gruppen, was sicherlich wichtig ist.

Seien wir doch mal ganz ehrlich. Wer trägt denn zum Teil unsere ganzen Kampagnen mit? Ich denke jetzt hier auch einmal an die Kampagne zur Gesundheitspolitik. Da sind sozusagen unsere Senioren auch gefragt. Ich weiß, wer in Sachsen auf den Marktplätzen steht, wer dort unsere Kampagne zur Gesundheitspolitik verkauft. Ich erinnere auch daran, was unsere Senioren und Seniorinnen geleistet haben in der Frage der Selbstverwaltung, der Selbstverwaltungsorganwahlen.

Es wäre nur folgerichtig, wenn wir jetzt den ersten Schritt tun und nicht unbedingt abwarten. Es zeigt sich jetzt schon, dass wir den gesellschaftlichen Veränderungen Rechnung tragen müssen. Wir wissen alle, wie wichtig es ist, auch gegenüber anderen darzustellen, dass sie Vertreter eines gewählten Organs sind. Das macht die gewerkschaftliche Arbeit leichter, wenn sie gleichzeitig mit in den Organen sitzen, die Beschlüsse mittragen und auch umsetzen. (Beifall)

Ich glaube nicht, dass die Gewerkschaften und der DGB schleichend von der Kampforganisation zum aktiven Seniorenverband werden, wenn wir den Senioren jetzt die Möglichkeit geben, mitzuarbeiten, und dies auch noch satzungsrechtlich verankern.

Frauen, Jugend, Senioren haben ihre spezifischen Forderungen gegenüber der Politik. Dem sollten wir auch in der Forderung der Senioren mit diesem Kongress Rechnung tragen.

Ich bitte euch, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen, sondern die Anträge aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen anzunehmen. (Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Danke, lieber Hanjo. Es spricht jetzt der Kollege Walter Haas. Ihm folgt der Kollege Fritz Schirach von ver.di, Teilnehmernummer 313.

Walter Haas

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die 17. ordentliche Bezirkskonferenz des DGB in Nordrhein-Westfalen hat die euch zur Beratung vorliegenden Anträge beschlossen, die hier

aus technischen Gründen gestückelt sind. Das ist natürlich insgesamt ein Antragsanliegen, das hier aufgerufen ist.

In der ausführlichen, engagierten Diskussion wurde deutlich, dass die Kolleginnen und Kollegen, die den Antrag befürworteten, glauben, dass nur dann, wenn die Seniorenarbeit als Satzungsaufgabe verankert ist, durch den DGB eine geregelte Arbeit mit und für Seniorinnen und Senioren garantiert ist.

Die Senioren in unserer Gesellschaft und in der Gewerkschaftsfamilie nehmen zahlenmäßig zu. Es ist hier schon mehrfach auf deren Größenordnung unter den Delegierten dieses Kongresses hingewiesen worden.

Senioren, also der Kreis derjenigen Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, sind heute nicht der Kreis der Personen von 65 Jahren aufwärts, sondern es sind vielfach Menschen, die sich Anfang oder Mitte des fünften Lebensjahrzehnts befinden.

Gerade in Nordrhein-Westfalen ist der Anteil von Personen in dieser Altersgruppe außerordentlich hoch. Dieser Kreis möchte beteiligt werden. Er verfügt über große gesellschaftliche, politische und auch gewerkschaftliche Erfahrungen und möchte diese und sein Wissen auch weiterhin in die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung einbringen.

Wir sind gut beraten, diesen Personenkreis beim Wort zu nehmen und ihm Beteiligungsmöglichkeiten anzubieten. Nach meiner Überzeugung muss und kann die Einbeziehung von Vorruheständlern, von Seniorinnen und Senioren auf vielfältige Weise geschehen.

Sie kann stattfinden in den Gremien, in den Arbeitsgruppen, den Ad-hoc-Arbeitsgruppen und Projektkreisen, die beim DGB und in den Gewerkschaften sowie Industriegewerkschaften eingerichtet sind.

Sie sind sehr hilfreich bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben dann, wenn diese Arbeit gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus den Betrieben und Verwaltungen stattfindet.

Der Gesamtantrag zielt darauf ab, auf Basis einer Einbeziehung in die Satzung eine speziell auf die Gruppe Seniorinnen und Senioren angelegte Arbeit auf allen Ebenen des DGB verbindlich festzuschreiben.

Den auf unserer Bezirkskonferenz beschlossenen Antrag haben wir dem Bundeskongress vorgelegt, da nur hier die verbindliche Satzungsentscheidung getroffen werden kann. Ich bitte euch um die Unterstützung des gesamten Antragsanliegens und um eine positive Entscheidung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig davon, ob ihr einer Seniorenarbeit als Satzungsaufgabe zustimmt oder nicht, bleibt es Aufgabe des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften, künftig mit mehr Aufmerksamkeit und Engagement die vielen jungen Alten in unsere Arbeit einzubeziehen. Wir können und dürfen auf ihr Wissen, auf ihr Engagement nicht verzichten.

Ich wünsche mir von diesem Bundeskongress einen neuen Aufbruch in dieser Frage und beziehe die Aussagen des Antrages S 76 der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft mit ein. - Ich bedanke mich für eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Walter. - Es spricht jetzt der Kollege Fritz Schirach von ver.di, Teilnehmernummer 313. Wir haben inzwischen eine weitere Wortmeldung bekommen. Deswegen wird als nächster der Kollege Jörg Hopfgarten, ebenfalls von ver.di, mit der Teilnehmernummer 365 sprechen.

Fritz Schirach

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die demographische Entwicklung in Deutschland und Europa ist uns allen bewusst. Die Zahl der älteren Menschen nimmt zu. Im DGB machen die Seniorinnen und Senioren seit Anfang der 90er Jahre mehr als 20 Prozent der Mitgliedschaft. Es gibt viel Lob für das ehrenamtliche Engagement der Älteren durch den Bundeskanzler, die Ministerpräsidenten der Länder und die Ministerin, Frau Dr. Bergmann. Aber wenn es um die politische Teilhabe der Seniorinnen und Senioren geht, klemmt die Säge auf allen Ebenen.

Im Staat wird ein Bundesseniorenvertretungsgesetz zur politischen Teilhabe der Älteren nach dem Vorbild der Republik Österreich bewusst verhindert, auch durch das zuständige Ministerium mit dem langen Namen. In den Ländern das Gleiche bezüglich der Verankerung der Seniorinnen und Senioren als Beiräte in der Kommunalverfassung - außer in Schleswig-Holstein. Und im DGB werden seit über zehn Jahren alle Gleichstellungen der Seniorinnen und Senioren mit den Personengruppen Frauen und Jugend torpediert, was die Ablehnung der Anträge S 77 bis S 85 wiederum deutlich macht.

Wir sind nicht gewillt, eine solche Behandlung weiterhin zu ertragen. Wir wollen nicht nur bei Demos und Streiks als Aktivposten in Erscheinung treten. Die Verankerung in der DGB-Satzung, Paragraf 2 Ziffer 3 Buchstabe f ist bei 20 Prozent Mitgliedschaft doch eine Selbstverständlichkeit. Im Grunde genommen werden wir bei einer solchen Absichtserklärung von einer Interessenvertretung unserer ökonomischen und sozialen Belange durch den Deutschen Gewerkschaftsbund nicht genügend wahrgenommen. Deshalb wollen wir das in den geforderten Seniorinnen- und Senioren-Ausschüssen auf allen Ebenen im DGB selbst in die Hände nehmen. Ich erinnere zum Beispiel nur an die Benachteiligung der Alten bei der Ökosteuer oder bei der Absenkung des Rentenniveaus.

Von unserem Motto des Bundeskongresses „Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ sind wir nämlich, besonders im Osten, wie ich auch gestern betonte, noch weit entfernt.

Den vorgesehenen Koordinierungskreis für Seniorinnen und Senioren betrachten die Alten nur als ein Alibi des DGB-Bundesvorstandes, uns die Erfüllung unserer berechtigten Forderung nach eigenen Seniorenausschüssen auf allen DGB-Ebenen auch weiterhin vorzuenthalten. (Leichter Beifall)

Unser neuer Vorsitzender, Michael Sommer, kommt aus einer Gewerkschaft, die die Seniorenarbeit in der Vergangenheit gut vorangebracht hat. Bei ver.di ist das leider zurzeit nicht zu unterstreichen. Dort sind die Seniorinnen und Senioren noch, um ihre Aktivitäten umzusetzen, in der von uns ungeliebten Bittstellerrolle. Ich erhoffe hier von Michael einen Kurswechsel, und die Delegierten bitte ich um die Unterstützung unserer berechtigten

Forderung nach Ablehnung der Empfehlung der Antragsberatungskommission für die Anträge S 77 bis S 85 und danach um die Annahme der Anträge durch die Delegierten auf dem Kongress. - Vielen Dank im Voraus. (Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, Kollege. - Es spricht jetzt Jörg Hopfgarten von ver.di. Weitere Wortmeldungen liegen bisher nicht vor. - Doch, ich bekomme ein Signal. Es geht also noch weiter.

Jörg Hopfgarten

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorredner haben mir die meisten meiner Argumente eigentlich schon vorweg genommen. Deshalb möchte ich euch hier auch gar nicht lange langweilen.

Wir haben heute Schritte zur Stärkung der Jugend im DGB auf den Weg gebracht. Ich bin der Meinung, wir können damit leben. Ich bin nicht ganz zufrieden, aber wir haben gezeigt, dass wir eine politische Mehrheit in diesem Kongress haben, die die Jugend stärken möchte. Jetzt sehen wir es allerdings so, dass auch unsere älteren Kolleginnen und Kollegen das Recht haben, ihre Beteiligung selbst zu organisieren, und das mit in der Satzung vorgeschriebenen Gremien. (Beifall) Wir wollen von der Erfahrung unserer älteren Kolleginnen und Kollegen profitieren.

Deshalb bitte ich euch, der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen und für die Aufnahme der dort geforderten Bestimmungen in die Satzung zu stimmen. - Danke sehr. (Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank. - Als nächster spricht der Kollege Willi Roßburg, Teilnehmernummer 366, von ver.di. Ihm folgt die Kollegin Ursula Stock, ebenfalls von ver.di, Teilnehmernummer 303.

Willi Roßburg

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich möchte hier zu den Anträgen S 77 bis S 85 sprechen. Es geht hier um die Anträge zur Einrichtung von Seniorenausschüssen auf allen drei Ebenen des Deutschen Gewerkschaftsbundes, die die Antragsberatungskommission zur Ablehnung empfohlen hat.

Ich will noch einmal kurz die Situation der Senioren in unserer Gesellschaft schildern. Die Senioren haben keine Anbindung mehr an ihren alten Betrieb. Sie leben in unserer Gewerkschaft und brauchen ein Mittel, sich zu artikulieren und sich einzubringen, und das sind in den Gewerkschaften nun mal die Seniorenausschüsse. Für Senioren gelten keine Tarifverträge mehr, in denen sie ihre Lebensbedingungen regeln können - mit Ausnahme natürlich der Versorgungstarifverträge im öffentlichen Dienst, aber davon sind ja nicht mehr viele betroffen.

Wir haben sicherlich eine große Unruhe bei dem Rentenreformgesetz, Unruhe und Existenzangst - nicht nur die Rentner, auch die Arbeitnehmer. Ich habe das bei der Kritik am Bundesvorstand in Bezug auf das Verhalten beim Rentenreformgesetz vorgestern deutlich gemacht. Da stellt sich die Frage: Wie verhalten wir uns denn jetzt, wenn solche Dinge sich

wiederholen? Ich bin der Meinung, dass wir das Recht haben müssen, uns einzumischen, auch in die Entscheidungen des DGB-Bundesvorstandes. Das muss möglich sein. Und das liegt auf der gleichen Ebene wie die Forderungen der Gewerkschaftsjugend und auch der Frauen. Und das meinen wir so, wie wir es sagen.

Die alten Menschen leben in dieser Gesellschaft zum großen Teil in Ausgrenzungen. Das Leben der Senioren ist nicht so, wie es in den Glanzbroschüren geschildert wird, wo das vitale ältere Ehepaar am Tag noch 80 Kilometer mit dem Fahrrad fährt und noch Weltreisen macht. Es ist sicherlich auch nicht so, dass Alte in den Altenheimen im Grunde genommen elend leben, misshandelt werden. Die Realität des Lebens der alten Menschen ist:

Sie leben in Krankheit, vor allem die chronisch Kranken. Sie leiden an den Folgen, die ihnen das Arbeitsleben aufgedrückt hat, nämlich an Krankheit und Siechtum. Sie leben in der Gesellschaft und werden oft in Altenheime abgeschoben und weggesperrt. Das ist das Leben der Seniorinnen und Senioren; das ist ein Leben in Einsamkeit, das ist ein Leben unter Ausgrenzung aus dem gesellschaftlichen Leben und das ist sehr bitter.

Dieses sind die Realitäten, an denen wir nicht vorbei diskutieren können. Deswegen ist das ja so schlimm und deswegen wollen wir uns ja auch einmischen. Man muss doch einmal sehen, wie denn Rentner eigentlich leben.

Die Durchschnittsrenten in Deutschland liegen bei Frauen bei 800 bis 900 Mark, das sind heute durchschnittlich 400 bis 450 Euro, bei Männern sind es 1600 Mark, also rund 800 Euro. Glaubt ihr denn, das sei ein Leben in Wohlstand und in Wohlergehen? Glaubt ihr denn, dadurch seien die Lebenshaltungskosten abgegrenzt und abgesichert. Das Gegenteil ist doch der Fall. Die Lebenshaltungsteuerungen treffen doch gerade den sozial Schwachen.

Beispielsweise die Auswirkungen des Gesundheitsreformgesetzes treffen doch die Alten besonders stark. Das ist doch Alltag. Wir müssen doch einmal zur Kenntnis nehmen, dass die gesetzlichen Leistungen der Krankenkassen heute nicht mehr gewährt werden, so dass den Alten nichts anderes übrig bleibt, diese von den Kassen nicht mehr übernommenen Leistungen aus ihren Renten zu bezahlen. Dem können wir uns doch nicht verschließen. Im Gesundheitsreformgesetz geht es doch auch gerade darum ganz entscheidend.

Die Kollegen Sommer, Bsirske und Zwickel haben gestern ganz eindrucksvoll den neuen Weg des Deutschen Gewerkschaftsbundes beschrieben. Sie haben gesagt, dass wir uns einmischen in Entscheidungen, die uns in den Parlamenten auferlegt werden und die den Arbeitnehmer treffen. Sie fordern Gerechtigkeit. Davon bin ich begeistert. Ich bin der Meinung: Das ist der Weg, den wir in Zukunft zu gehen haben und den gehen wir als Alte eifrig mit.

Aber das kann doch nicht nur für außen gelten, das muss doch auch Bezug haben auf unsere Arbeit in unserem eigenen Hause. Deswegen können wir uns dem nicht verschließen.

Vor drei Jahren habe ich dem Kollegen Schulte bei einer Befragung dieselben Fragen nach Einrichtung von Seniorenausschüssen auf allen drei Ebenen im DGB im Hauptvorstand der ÖTV gestellt. Der Dieter hat darauf geantwortet: „Willi, selbst wenn wir das wollten, wir haben die Ressourcen nicht dafür.“ Diese Antwort fand ich mutig, ich fand sie ehrlich und aufrichtig. Aber es kann nicht sein, dass wir sie als Argumente gelten lassen; denn man kann ja schnell nachrechnen, was zirka zwei Millionen Rentner in unserer Organisation mal zwölf

Prozent ausmachen. Das können wir denen nicht verkaufen. Wenn wir das tun würden, dann würden wir böse Folgen erleiden und großen Schaden nehmen.

Aber, Dieter, an dieser Stelle möchte ich dir für deine Aufrichtigkeit und deine Ehrlichkeit einen Dank sagen. Es war nicht immer leicht für dich. Du hast dir dadurch herbe Kritik eingehandelt. Diese hat mir aber hohen Respekt abverlangt. Ich meine, hier ist jetzt der Ort und die Zeit, dieses noch einmal zu würdigen.

Wir werden uns - meine Vorredner haben das eindrucksvoll gesagt - sicherlich bemühen müssen, den Rentnern Gelegenheit zu geben, sich auch in diese Entscheidungen einzumischen. Ich habe das begründet. Wenn wir das nicht tun, wird das schlimme Folge für uns alle haben. Dann werden sich die Rentner von uns abwenden und andere Vertretungsmöglichkeiten - auch politische - suchen, die wir ihnen bieten könnten. Verweigern wir sie ihnen aber, dann werden sie sich von uns abwenden. Das müssen wir verhindern.

Aus diesem Grunde, Kolleginnen und Kollegen, bitte ich euch inständig und fordere eure Solidarität, der Ablehnungsempfehlung der Antragsberatungskommission nicht zu folgen und unseren Anträgen auf Einrichtung von Seniorenausschüssen eure Zustimmung zu geben. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Lebhafter Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Vielen Dank, lieber Kollege Roßburg. - Es spricht nun die Kollegin Ursula Stock von ver.di, Teilnehmernummer 303. - Gibt es an der Wortmeldestelle noch weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist das nach der Rednerliste erst einmal die letzte Kollegin.

Ursula Stock

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will hier nicht lange reden; dies ist überhaupt nicht mein Anliegen. Aber ich möchte euch auf unser Motto, das hier groß an der Tafel steht, aufmerksam machen: „Neue Zeiten. Neue Chancen.“ Räumt den Senioren neue Chancen ein und folgt nicht der Empfehlung der Antragsberatungskommission. Lehnt deren Empfehlung für die Anträge S 77 bis S 85 ab. Ich bitte euch sehr darum. - Danke. (Lebhafter Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Das war nach der Rednerliste die letzte Kollegin. Vielen Dank, Ursula.

Gibt es weitere spontane Wortmeldungen aus dem Saal? - Ich sehe keine. Möchte sich die Antragsberatungskommission nach dieser Debatte noch einmal äußern? - Ja, ich sehe, der Jürgen kommt.

Jürgen Walter, Sprecher der Antragsberatungskommission

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Niemand hier im Saal ist gegen die Mitarbeit von Seniorinnen oder Senioren, niemand! (Unruhe und Lachen) Hand aufs Herz. Wir alle sind froh, ob Jung oder Alt, wenn jemand bei uns mitarbeitet. Das habe ich auch im Auftrag der Antragsberatungskommission geschrieben. Wir sind einhellig der Meinung: Die Mitarbeit ist notwendig. Darüber gibt es keinen Dissens.

Wir sind nur, was die Herangehensweise angeht, mit dem Bundesvorstand anderer Meinung. Wir bitten euch lediglich abzuwarten, wie diese Erprobungsphase der Mitarbeit funktioniert. Ich glaube, sie wird funktionieren. Wir waren der Meinung, man muss nicht immer die Satzung ändern, um Mitarbeit sicherzustellen.

Wir bleiben deshalb bei unserer Empfehlung: Ablehnung der Anträge S 77 bis S 85. (Buh- und Pfui-Rufe)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Reaktion im Saal zeigt mir: Wir stehen erneut vor einer schwierigen Abstimmung. (Zustimmung) Deswegen bitte ich die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission um Prüfung, ob sie zum Zählen bereit ist.

Des Weiteren bitte ich noch einmal darum, meine formalen Erläuterungen am Beginn dieses Tages zu rekapitulieren.

Gestattet mir einen kleinen Einschub. Ich wollte den Kongress heute eigentlich mit einer literarischen Reminiszenz eröffnen und habe überlegt, was es zum Thema Jung und Alt gibt. Da fiel mir nur der alte Fontane ein und den wollte ich euch nicht antun. Ihr kennt das Gedicht: Die Jungen und die Alten, die sagen: „Jetzt tretet mal ab, jetzt sind wir dran!“ Ich freue mich, dass dieser Kongress unter einer anderen Konstellation diskutiert und habe deshalb auf diese literarische Eröffnung verzichtet. (Beifall) Das vor dieser Abstimmung.

Um Irritationen wie gestern zu vermeiden, sage ich von dieser Stelle: Wenn das Präsidium meint, diesen Kongress unterbrechen zu müssen, was wir natürlich nicht während einer Abstimmung tun werden, aber vielleicht vorher oder nachher, dann werden wir das deutlich ansagen und ihr werdet ein deutliches akustisches Signal hören, wenn es weitergeht.

Nun begeben wir uns in die Abstimmung. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission habt ihr gehört. Wir haben über alle Anträge en bloc diskutiert, werden aber jetzt natürlich einzeln über die Anträge abstimmen. Ich möchte die Abstimmung nicht beeinflussen, aber ich sage schon jetzt: Wir beabsichtigen, danach eine Pause zu machen. Insofern sollte niemand den Raum während der Abstimmungen zu verlassen. Nur dies ist der Grund für diesen Hinweis.

Wir kommen also nun zunächst zum Antrag S 77. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Ablehnung. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeigen der Stimmkarte. - Danke. Die Gegenprobe! - Das ist aus meine Sicht die deutliche Mehrheit. Der Empfehlung der Antragsberatungskommission ist nicht gefolgt worden. (Starker Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieser Zwischenerfolg bedeutet erst einmal, dass wir nun über den Antrag abstimmen. Dazu brauchen wir, wie heute Früh festgestellt, 258 Stimmen, um ihn mit Zweidrittelmehrheit angenommen zu haben.

Wir kommen jetzt zum Antrag S 77 in der vorliegenden Fassung der Antragsteller, der DGB-Bezirke Nordrhein-Westfalen und Sachsen. Wer dem Antrag S 77, mit dem die Satzung im Sinne der hier formulierten Antragstellung geändert werden soll, zugestimmt, den bitte ich jetzt um das Zeichen mit der Stimmkarte. Gleichzeitig bitte ich auszusprechen. - Zählt bitte auch das Präsidium, damit wir keinen Blutstau im Arm bekommen. - Ich bitte um die

Gegenstimmen: Wer möchte diesem Antrag nicht zustimmen? Auch dies bitte ich wieder zu zählen. - Können wir schon eine Zahl hören? - Wie weit ist die Zählkommission? Ihr habt meinen Rechner gestern abgelehnt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Antrag haben 155 stimmberechtigte Mitglieder dieses Kongresses zugestimmt. Wie ihr wisst, ist die Zweidrittelmehrheit 258. Er hat die notwendige satzungsändernde Mehrheit damit nicht erreicht. (Vereinzelter Beifall)

Ein Geschäftsordnungsantrag. Bitte, Herr Kollege.

Peter Nowack

Mein Name ist Peter Nowack; meine Teilnehmernummer ist 243.

Ich habe einen Antrag zur Geschäftsordnung, und zwar möchte ich gern, dass die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission uns erklärt, wie sie zählt. (Beifall) Ich sitze außen und habe weder durch Blickkontakt noch durch sonst etwas das objektive Gefühl gehabt, dass meine Stimme überhaupt gezählt worden ist. Ich weiß nicht, wer meine Stimme registriert hat.

Vielleicht wird hier einmal erklärt, wie ein solcher Zählvorgang abläuft. Das sieht alles sehr unprofessionell aus, und ich habe das Gefühl, es wird überhaupt nicht bewusst wahrgenommen, was abläuft. - Danke. (Widerspruch)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Lieber Kollege, die Frage ist berechtigt. Wir haben schon gemerkt, dass der Kongress nicht viel Vertrauen ins Präsidium und in Kommissionen hat. Deswegen bitte ich, den Kollegen, der dafür verantwortlich ist, um eine kurze Erläuterung. Roland Kern heißt dieser Kollege.

Roland Kern, Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Wahlkommission geht nach folgender Vorgabe vor. Es werden die einzelnen Reihen durchgegangen und dabei die Stimmen gezählt - mit der Bitte, die Stimmkarte zu senken. Wenn allerdings in den einzelnen Blöcken aus Block zwei beispielsweise zu ersehen ist, dass in Block eins nur eine Stimmkarte oben ist, geht aus Zeitgründen die Kollegin oder der Kollege natürlich nicht zu dieser Kollegin oder diesem Kollegen, sondern macht dies aus Block zwei. Das kann für den Einzelnen, der dies nicht überschauen kann, zu Irritationen führen, als sei nicht gezählt worden. - Danke. (Beifall)

Sabine Gerold, Vorsitzende des Kongresses

Danke, lieber Roland. - Ich möchte nach der Bekanntgabe der Nein-Stimmen anschließend auf ein Problem hinweisen.

Es gab zu diesem Antrag 148 Nein-Stimmen. Die Mathematiker werden sofort erkannt haben, dass das 303 Gesamtstimmen sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen! In unserer Geschäftsordnung steht auch, dass die Einzelgewerkschaften sich bitte darum kümmern möchten, wenn jemand den Kongress verlässt. Es sind von 387 stimmberechtigten Mitgliedern des Kongresses momentan offensichtlich einige nicht anwesend. Auch das kann zu Irritationen führen. Das ist aber nicht unser Problem, wie ich sagen möchte.

Es bleibt bei 387 stimmberechtigten Mitgliedern. Wer nicht da ist, ist nicht da. Wenn dadurch die Zweidrittelmehrheit gefährdet ist, können wir das nicht ändern.

Es sind also 155 Ja-, 148 Nein-Stimmen und damit 303 Stimmen insgesamt. Ich glaube, der Zählvorgang ist erklärt worden.

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zum Antrag S 78, zur Empfehlung der Antragsberatungskommission, die hierzu auf Ablehnung lautet. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Stimmzeichen. - Danke. Die Gegenprobe! - Ich erkenne eine deutliche Mehrheit gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Das werden wir wahrscheinlich bei diesem Antragskomplex öfter haben.

Wir stimmen über den Antrag S 78 in der Fassung der Antragsteller, DGB-Landesbezirke Nordrhein-Westfalen und Sachsen, ab. Wer dem Antrag S 78, Paragraph 7 Ziffer 10 der Satzung zu ändern, seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Und ich bitte zu zählen.

Sind die Ja-Stimmen alle gezählt? - Dann bitte ich jetzt um die Gegenstimmen zum Antrag S 78. - Darf ich bescheiden nachfragen? - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegt ein Ergebnis der Abstimmung vor. An der Abstimmung haben sich 305 stimmberechtigte Mitglieder beteiligt. Für den Antrag haben 149 stimmberechtigte Mitglieder gestimmt, gegen den Antrag 156 stimmberechtigte Mitglieder. Ich denke, das ist ein eindeutiges Ergebnis.

Da das alles sehr langwierig ist, beeilen wir uns ein bisschen und kommen zum Antrag S 79. Das Verfahren ist bekannt: Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeichen mit seiner Stimmkarte. - Danke. Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? - Das war jetzt eine ganz deutliche Mehrheit.

Wir sind also wieder beim Antrag in seiner ursprünglichen Fassung. Der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung ändert Paragraph 8 Ziffer 2 Absatz 3 der Satzung. Wer dieser Änderung seine Zustimmung geben möchte, bitte ich jetzt um das Zeigen der Karte - und gleichzeitig bitte zählen. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Präsidium hat den Eindruck, das war jetzt so klar unterhalb von zwei Dritteln, optisch erkennbar, dass wir nicht auszählen müssen. (lebhafteste Zustimmung - Beifall) Wünscht jemand die Auszählung? - Ich sehe das nicht. Insofern hat auch dieser Antrag nicht die Zweidrittelmehrheit erreicht. Wir kommen zum Nächsten.

Wir kommen zum Antrag S 80. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet - wie schon bekannt - Ablehnung. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeigen der Karte. - Vielen Dank. Die Gegenstimmen: Wer möchte der Empfehlung nicht folgen? - Auch das ist die Mehrheit.

Wir kommen zum Antrag, der Paragraph 11 Ziffer 5 Absatz 2 unserer Satzung ändern würde. Wer möchte dem Antrag zustimmen? - Auch das, Kolleginnen und Kollegen, sind ganz deutlich nicht 258 Stimmen. Möchte jemand zählen? - Ach so, ja, entschuldigt bitte: die Nein-Stimmen natürlich. Wer möchte dem Antrag nicht zustimmen? - Das ist eine qualifizierte Menge an Gegenstimmen. Ich denke, es bleibt bei der Einschätzung, es sind keine zwei Drittel.

Der Antrag S 81 folgt. Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission - bitte? Möchtest du etwas sagen? - Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission, diesen Antrag abzulehnen, zustimmen? - Danke. Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht zustimmen? - Es ist immer das gleiche Bild, liebe Kolleginnen und Kollegen: Der Empfehlung wird nicht gefolgt.

Wir stimmen über den Antrag ab. Der Antrag S 81 ändert Paragraph 11 Ziffer 8 unserer Satzung. Wer diese Änderung wünscht, möge jetzt seine Stimmkarte zeigen. - Die Gegenstimmen bitte. - Die Gegenstimmen sind deutlich mehr als ein Drittel, die Ja-Stimmen waren deutlich mehr als zwei Drittel. (Heiterkeit - Beifall) Das wäre doch einmal ein neues Verfahren: Das Präsidium legt fest, wie abgestimmt wurde! Dann könnten wir mit den Vorwürfen von gestern heute gut umgehen. Gut. Auch dieser Antrag hat also nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden.

Wir arbeiten uns ganz gut zur Pause vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, wobei wir nicht sicher sind, ob wir sie machen können, weil der Bundeskanzler im Anmarsch ist.

Antrag S 82 steht zur Abstimmung. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet, wie bekannt, Ablehnung. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Zeigen seiner Stimmkarte. - Danke. Wer ihr nicht folgen möchte, melde sich jetzt. - Ich habe es fast vermutet: Der Empfehlung wird nicht gefolgt. Wir stimmen über den Antrag S 82 ab. Er ändert Paragraph 11 Ziffer 9 Absatz 1 und 2 unserer Satzung. Wer diese Änderung wünscht, den bitte ich jetzt um das Zeigen der Stimmkarte. - Vielen Dank. Wer wünscht diese Änderung nicht? - Auch hier das gleiche Bild. Dieser Antrag hat die erforderliche Zweidrittelmehrheit, ganz eindeutig schon optisch erkennbar, nicht erreicht. Deswegen verzichten wir auf die Auszählung.

Es folgt Antrag S 83. Ich muss jetzt erst gucken, ob ich schon unterbrechen muss. - Nein. Eine Abstimmung können wir auch wegen des Bundeskanzlers nicht unterbrechen, da sind wir uns hoffentlich einig. (Beifall) Wir machen weiter. Ich möchte einen Hinweis an die Presse geben. Unsere Information lautet: Er kommt nicht vor 11 Uhr. Insofern muss man sich vielleicht nicht schon während der Abstimmung hier versammeln. (Beifall)

Wir sind beim Antrag S 83. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission lautet Ablehnung. Wer ihr folgen möchte, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. - Vielen Dank. Wer möchte ihr nicht folgen? - Auch durch die Kameras ist uns der Blick nicht verstellt. Das war eine Mehrheit gegen die Empfehlung der Antragsberatungskommission. Wir kommen zum Antrag S 83, der Paragraph 12 Ziffer 4 Absatz 2 unserer Satzung ändern würde. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. - Vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die Gegenprobe, bitte! - Auch hier zeigt sich das gleiche Bild. Der Antrag verfehlt, optisch deutlich erkennbar, die Zweidrittelmehrheit, die erforderlich wäre.

Wir kommen zum Antrag S 84, zur Empfehlung der Antragsberatungskommission, die auf Ablehnung lautet. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeigen der Stimmkarte. - Vielen Dank. Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission nicht folgen? - Auch hier das gleiche Bild. Die Empfehlung der Antragsberatungskommission hat nicht die einfache Mehrheit erreicht. Wir kommen zum Antrag S 84, der Paragraph 12 Ziffer 7 unserer Satzung ändern würde, wenn er die erforderliche Mehrheit erhält. Wer diese Änderung wünscht, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. -

Vielen Dank. Wer möchte dieser Änderung der Satzung nicht zustimmen? - Auch hierfür vielen Dank.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich nicht wiederholen, aber jetzt zum Antrag S 85 kommen, das ist übrigens der letzte Antrag im gelben Block. (Zuruf -Ein Delegierter zeigt seine Stimmkarte) Wir haben noch gar nicht zur Abstimmung aufgerufen. Wir bleiben an der Stelle ganz formal. Die Abstimmung ist noch nicht eröffnet. Du musst dich gedulden. Wer der Empfehlung der Antragsberatungskommission, diesen Antrag abzulehnen, folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Zeigen der Stimmkarte. (Zurufe) - Wenn das bei Einzelgewerkschaften jetzt zur Ermüdung führt, kann ich das nicht ändern. Wer möchte der Empfehlung der Antragsberatungskommission folgen? Bitte noch einmal. - Vielen Dank. Wer möchte ihr nicht folgen? - Auch das ist klar, denke ich. Wir kommen zum Antrag S 85, der Paragraf 12 Ziffer 8 Absatz 1 unserer Satzung ändern würde. Wer diese Satzungsänderung wünscht, den bitte ich um das Zeigen der Stimmkarte. - Es sind zwar viele, aber sicher nicht zwei Drittel. Bitte die Gegenprobe. - Auch das sind viele. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch der Antrag S 85 hat nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erhalten.